

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N^o 9.

Erscheint jeden Sonntag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

37. Jahrgang.

Dienstag, den 13. Januar.

Insertate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Tageschau.

Freiberg, den 11. Januar.

Im **deutschen Reichstage** stand am Sonnabend die Regierungsforderung von 180000 M. für den Bau eines Küstendampfers und einer Dampfbarke für den Gouverneur von Kamerun zur Beratung. Dabei erklärte Abg. Langenwerth v. Simmern, daß wir in Deutschland einen Abfluß der überschäumenden Bevölkerung nach einem fremden Welttheil recht nötig hätten. Der Abg. v. Stauffenberg hielt sich an eine Aeußerung des Kanzlers, in welcher dieser seine Abneigung gegen das französische Kolonialsystem ausgesprochen hatte. Jeder einzelne Fall der neuen Kolonialpolitik müsse geprüft werden, ob sich die betreffenden Maßregeln in dem damals umschriebenen Rahmen bewegen. Bezüglich der gegenwärtigen Vorlage sei diese Frage absolut zu bejahen und seine politischen Freunde würden daher für dieselbe stimmen. Abg. v. Bunsen erklärte sich gegen die Auswanderungen, welche dem Mutterlande oft unentbehrliche Kräfte an Menschen und Geld entziehen. Er sei aber trotzdem für die Bewilligung Deutschlands am Kolonialbetrieb und dafür scheinbar Kamerun die beste Einfallsporte. Aus diesem Grunde billige er die Bewilligung der Forderung. Der Reichskanzler Fürst Bismarck bemerkte hierauf, die Regierung könne die von ihm eingeschlagene Politik nicht weiter führen, wenn ihr nicht eine gewisse spontane auf nationalem Gefühl beruhende Unterstützung werde. Geschehe das nicht, dann sei es besser, wie in kurbrandenburgischer Zeit zur Liquidation zu schreiten und dem Lande nicht unerfüllbare Hoffnungen zu machen. Der Posten des Gouverneurs sei nicht zu entbehren. Bezugsnehmend auf das Telegramm des Kontre-Admirals Knorr über den Negers-Aufstand in Kamerun und dessen Niederschlagung entwickelte der Reichskanzler den Ursprung dieses Vorgangs, um weiter daraus zu folgern, daß man entweder die Sache energisch weiter betreiben oder aufgeben müsse. Er verlas Aktenstücke, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß englische Firmen die Eingeborenen aufsuchten, gegen die deutschen Unternehmungen vorzugehen. Daraus habe sich mit dem englischen Auswärtigen Amt ein Schriftwechsel entwickelt, um letzteres zu veranlassen, den englischen Vize-Konsul in Afrika darauf aufmerksam zu machen, wie unzulässig ein derartiges Verhalten sei. Erichwert würden die Verhandlungen durch das Verhältnis der englischen Kolonien zum Mutterlande, doch sei die englische Regierung selbst an dem vorgekommenen Unruhen sicher unbetheilt. Weitere Meldungen hätten bestätigt, daß der Konsul sich bemühte, den deutschen Einfluß zu untergraben. Auch davon sei Lord Derby unterrichtet worden. Der Reichskanzler verbreitete sich dann über das deutschfeindliche Unternehmen des Polen Rogozinski und bemerkte dabei einschaltend, wie aus der amtlichen Korrespondenz keineswegs hervorgehe, daß England durch Erweiterung des Hinterlandes unsere Kolonien lahmzulegen suche. Er habe diese Angaben zu machen sich verpflichtet gehalten und glaube, daß es möglich sein werde, die Vorlage ohne Kommissionsberatung anzunehmen; hindere man aber die Regierung weiter, so lehne diese jede Verantwortung ab. (Beifall rechts.) Hierauf setzte Abg. Börmann auseinander, daß Kamerun zwar niemals eine Vorkolonie werden, aber sich für den deutschen Handel sehr nützlich erweisen könne. Dagegen meinte Abg. Windthorst, es dränge sich ihm die Frage auf: „Kann man in einem Lande mit so wilder Bevölkerung einen Gouverneur einsetzen, ohne ihm zu seinem Schutze eine bewaffnete Macht zur Seite zu stellen?“ Deutschland schein ihm vor dem bedeutendsten Schritte zu stehen, vor dem von der Landmacht zur Seemacht, die so mächtig sein müsse, daß sie den übrigen Seemächten gewachsen sei. Er werde den Marine-Minister fragen, ob er unsere Marine für fähig halte, allen Anforderungen bei entstehenden auswärtigen Verwickelungen zu genügen und beantrage daher, die Vorlage der Budget-Kommission zu schleuniger Beratung zu überweisen. Reichskanzler Fürst Bismarck: „Der Abg. Windthorst hat Unrecht, wenn er davon ausgeht: wir sind von Feinden umgeben. Wo sind denn diese Feinde? Wir leben in sicheren Verhältnissen, unsere Beziehungen zu Frankreich waren nie so gute wie heute; Deutschland und Frankreich wissen, daß es eine größere Kalamität als Krieg zwischen beiden gar nicht geben kann, auch mit England besteht ein gutes Einvernehmen. Daß England sich wundert, wenn es die Karte zu unseren Gunsten verändert sieht, führt noch nicht zu einem Zwiespalt, jedenfalls aber wird es uns möglich sein, allen Seemächten, von Frankreich und England abgesehen, ebenbürtig zu werden. Wenn der Vorredner verlangt, der Marineminister solle ihm Garantie leisten, so verlangt er Unmögliches. Was soll ich übrigens in der Kommission, ich stehe nicht im Dienste des Reichstags oder einer Kommission, sondern

im Dienste Sr. Majestät des Kaisers, also ich werde nicht in die Kommission kommen. Mir ist übrigens ferner auch die Mittheilung zugekommen, daß die Regierung von Neuseeland England zur Annexion von Samoa aufgefordert hat; auch dies zeigt wieder, daß eine Verzögerung schaden kann. Wenn der Abg. Windthorst fragt, wozu sind wir da, als um Alles zu prüfen, so sage ich: Doch gewiß nicht um Alles zu verwerfen. Wenn Sie die neue Direktorstelle nicht bewilligen, so muß ich zwei Beamte aus dem auswärtigen Amte anstellen, was viel mehr kostet. Beschließen Sie heute die Verweisung an die Kommission, so zeigen Sie damit, daß Sie die Kolonialpolitik nicht wollen.“ Abg. Richter erklärte, seine Partei halte fest an den Grenzen der Kolonialpolitik, die der Reichskanzler am 26. Juni bezeichnet habe. Die Bewilligung eines Dampfers und des Gehaltes für einen Gouverneur sähren seine Freunde als über den Rahmen der Kolonialpolitik hinausgehend nicht an und wären in Anbetracht der dringenden Verhältnisse für die sofortige Bewilligung der Vorlage. Abg. Freiherr v. Hammerstein: „Es ist jedenfalls erfreulich, daß sich für die Vorlage so große Sympathie kundgibt in einem Augenblicke, wo eine so bemerkenswerthe Nachricht von Kamerun gemeldet wird. Bei einer so ersten Sachlage dürfen wir nicht Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir den Boden, wo unsere Landsleute ihr Blut verspritzten, nicht festhalten werden. Abg. Windthorst befiel sich vor, auf die Frage der Abstimmung vom 15. Dezember später gründlich einzugehen, wies auf die Konsequenzen der Kolonialpolitik hin und äußerte die Meinung, daß gelegentlich auch ein Krieg mit England möglich sei; für jetzt müsse jedenfalls bewilligt werden, was zur Aufrechterhaltung der Autorität der deutschen Flagge in Kamerun erforderlich sei. Der Redner zog alsdann seinen Antrag auf Verweisung an die Kommission zurück und erklärte, für die Vorlage stimmen zu wollen unter dem Vorbehalt, daß sie mit der Kolonialpolitik nichts zu thun habe. Fürst Bismarck erwiderte dem Vorredner, einer so befreunden Macht wie England gegenüber nicht öffentlich von Waffengewalt zu sprechen. „Ich kann“, fuhr der Kanzler fort, „gar nicht absehen, weshalb uns von England je Krieg drohen sollte; unsere kleinen Differenzen können stets mit einigem guten Willen friedlich erledigt werden. Die von dem Abg. Windthorst angerathene Vorsicht haben wir lange genug geübt, es muß doch endlich der Moment kommen, wo es heißt: hic Rhodus, hic salta!“ Nach weiterer, meist persönlicher Debatte wurde die erste Lesung geschlossen und die Vorlage in der zweiten Lesung diskussionslos fast einstimmig angenommen.

In der Sonnabendigung der Budgetkommission des deutschen Reichstages bemerkte der Chef der Admiralität, General von Capriwi, man habe an maßgebender Stelle geglaubt, dem Drängen des deutschen Volks nach einer kolonialen Ausdehnung Folge geben zu müssen; die dadurch erwachsenden Mehrausgaben betrügen 5 Millionen Mark. Die Entsendung eines Geschwaders nach Westafrika sei erfolgt, um den Schwarzweissen, welche an der Macht Deutschlands zweifelten, einen sichtbaren Beweis derselben zu geben. In Westafrika zeigte sich eine wachsende Neigung, die Konsularagenten zu insultiren. In Kamerun sei, wie ein neues Telegramm beweise, auf längere Zeit die Anwesenheit von Kriegsschiffen, namentlich flachgehender Boote, die man jetzt nicht in genügendem Umfange habe, erforderlich. Ueberhaupt sei die Ergänzung des Schiffsmaterials, entsprechend den Fortschritten der Neuzeit, notwendig. Die Schlachtschiffe entsprächen nicht mehr den Anforderungen, er denke aber nicht, zu dem System der großen Panzerschlachtschiffe überzugehen. Die Kommission genehmigte hierauf die Kapitel 45 bis 51 unverändert. Das bereits bekannte Telegramm des deutschen Kontre-Admirals Knorr ist durch eine der „Köln. Ztg.“ zugegangene Depesche ihres Korrespondenten Zöller aus Kamerun ergänzt worden, in der es heißt: „Unsere Kriegsschiffe „Bismarck“ und „Olga“ landeten am 20. Dezember in Kamerun 330 Mann mit vier Kanonen, weil Hicorytown und Fostown den König Bell verjagt, die Kanonen bedroht und Belltown verbrannt hatten. Hicorytown wurde bei geringem Widerstande ohne Verlust genommen. Ein Offizier der „Olga“, welcher erfahren hatte, daß die Fostleute Boermann's Agenten Pantanius gefangen genommen hatten, verjagte mit seiner Abtheilung dessen Rettung. Unter heftigem Feuer landete die Abtheilung in Belltown und stürmte den 1000 Fuß hohen Abhang mit Verlust von einem Toten und mehreren Verwundeten. 60 Mann hielten das Plateau 2 Stunden lang gegen 400 aus Buschwerk feuernde Feinde. Als Unterstützung von der Fregatte „Bismarck“ anlangte, wurde Fostown mit Hurrah gestürmt und niedergebrannt. Inzwischen ermordeten die Empörer Pantanius. Am 21. Dezember wurde das verödete Fostown abermals

besetzt; am 22. Dezember bombardirte die Korvette „Olga“ den Fluß befahrend, Hicorytown. Die Ordnung ist jetzt völlig wieder hergestellt.“ Weiter aus der Kolonialpolitik hervorgehende Verwickelungen scheinen keineswegs ausgeschlossen, da nach einer Aeußerung des Reichskanzlers im Reichstage in Neu-Guinea die deutsche Okkupation von den Eingebornen „hinausgeworfen“ worden, ferner eine Einverleibung Samoas von der englischen Regierung in Neu-Seeland dem Lord Derby nahegelegt worden ist, während erst vor Kurzem zwischen dem König von Samoa und dem dortigen deutschen Konsul ein Vertrag geschlossen wurde, durch welchen Deutschland drei Sitze im Rathe des Königreichs Samoa erhielt.

Der Präsident des deutschen Reichstages v. Wedell-Biesdorf, Fürst v. Hatzfeld-Trachenberg, Oberbürgermeister Forderbeck, Polizeipräsident v. Rabai, Geheimrath Mendelssohn, Präsident der Seehandlung Rötger und Generalkonsul Landau forderten zahlreiche Personen aus allen Kreisen zur Verathung über die zweckmäßigsten Maßregeln zur Unterstützung der von dem Erdbeben in Spanien in Noth Gerathenen auf.

Angeblieh soll der **österreichische** Finanzminister Pino zurücktreten wollen, weil er genöthigt worden ist, seine vor der Brüner Handelskammerwahl erlassenen zeden-freundliche Verfügung zurückzunehmen. — Der peinliche Zwischenfall auf dem letzten Fester Hofball, daß die nicht hoffähige Gemahlin des Grafen Paul Festetics ausgewiesen wurde, rührte von einer Berwechslung her. Die dem letztern zugegangene Einladung war einem andern Grafen gleichen Namens zugegahnt. Einer Weisung des Kaisers von Oesterreich zufolge sprach nun das Oberhofmeister-Amt in Pest dem Grafen Paul Festetics gegenüber sein Bedauern über das Mißverständnis aus, womit diese Angelegenheit in befriedigender Weise abgeschlossen wurde. — Die ungarische Opposition nimmt starken Anstoß an dem Gebahren des Bischofs Stroßmayer von Diakovar, dem die gegen Ungarn feindlich geminten Starcevicianer in Ugram allzusehr huldigen.

Im **italienischen** Senate erklärte der Minister Mancini auf erfolgte Anfrage, die Ausweisung des „Diritto“-Korrespondenten Cirmani aus Berlin sei eine gesetzliche Maßregel, über die sich schon deshalb nichts sagen lasse, weil auch andere auswärtige Korrespondenten ausgewiesen wurden. Der deutsche Botschafter habe ihn vorher von dem gegen Cirmani beabsichtigten Vorgehen in einer Form verständigt, die den zwischen Italien und Deutschland bestehenden ausgezeichnet freundschaftlichen Beziehungen entsprach. Eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit und die Rücknahme der Maßregel wurde für unthunlich erklärt, weil anderen ausgewiesenen fremden Korrespondenten gegenüber die Ausweisung trotz diplomatischer Verwendung aufrecht erhalten worden sei. — Die italienischen Korvetten „Garibaldi“ und „Vespucci“ sind in der Nacht zum Sonnabend nach Messina abgegangen, von wo sie die Fahrt nach dem rothen Meere fortsetzen. Nach einer Depesche aus Spezia ist dort der Befehl eingelangt, die disponiblen Panzerschiffe in Bereitschaft zu setzen.

Der neue **französische** Kriegsminister Lewal machte dem Ministerrathe Mittheilungen über die Organisation der neuen für Tonkin bestimmten 6000 Mann zählenden Verstärkungen, welche Anfangs kommenden Monats abgehen sollen. Die Einnahme von Langion gilt als unmittelbar bevorstehend; die Truppen werden sodann zur Bekämpfung des Engpasses von Thaké aufbrechen, welches den Eingang von Nordtonkin schließt. — Das Journal „Paris“ bestätigt, daß Ministerpräsident Ferry alle zur Zeit in Shanghai befindlichen diplomatischen Agenten Frankreichs angewiesen hat, China zu verlassen. — Eine Deputation der israelitischen Allianz begab sich am Sonnabend zu dem sich gegenwärtig in Paris aufhaltenden marokkanischen Minister Feraud, um dessen Schutz für die Israeliten in Tanger zu erbitten, die von der Bevölkerung mit Gewaltthätigkeiten bedroht werden.

Sämmtliche **englische** Blätter widmeten dem ältesten Sohne des Prinzen von Wales, dem Prinzen Albert Viktor (geb. 8. Jan. 1864) zu seiner Großjährigkeitserklärung Glückwünsch-Artikel. In London, Windsor und anderen Städten wurde der Geburtstag des Prinzen durch Beflagung der Regierungsgebäude, Glockengeläute, Kanonenschalven u. s. w. festlich begangen. Viel Verriedigung verursacht eine offiziöse Mittheilung, wonach der Prinz von Wales nicht beabsichtigt, vom Parlament eine Jahresapanage für seinen ältesten Sohn anlässlich der Erreichung seiner Großjährigkeit zu verlangen. Damit soll gewartet werden bis der Prinz sich vermählt. — Einer der Söhne des englischen Premierministers Gladstone erklärte kürzlich bei einem auf Hawarden stattgehabten Pächteressen, seines Vaters Gesundheit sei zwar nicht gefährdet, aber nachdem er der Königin und dem Lande fünfzig Jahre gedient, könne man keine weitere Verlängerung seiner thätigen politischen Laufbahn von ihm verlangen. „In harnep“,